

Forstfahrzeug zieht Ölspur durch ganz Frauenwald

Eine Ölspur hat ein Forstfahrzeug auf Waldwegen und in Frauenwald hinterlassen. Mehrere Feuerwehren rückten aus.

Von Jennifer Brüsch

FRAUENWALD. Wegen eines technischen Defektes an der Dieselleitung hat eine Forstmaschine, genauer gesagt ein Fahrzeug für den Waldwegebau, am Montag bei Frauenwald eine kilometerlange Ölspur hinter sich hergezogen. Wie Ilmenau Stadtbrandmeister Andreas Meißler auf Nachfrage sagte, war Diesel durch die gesamte Ortslage Frauenwald sowie über Waldwege verteilt worden. Das Fahrzeug war aus Richtung Steinbach gekommen. Um das viele Öl zu binden, waren die Feuerwehr Frauenwald, die Feuerwehr Langewiesen mit dem Gerätewagen Logistik mit Streuer und Bindemittel, die Feuerwehr Stützerbach, der Führungsdienst sowie die Abteilung Brandschutz vor Ort. „Dem Fahrer kann man keinen Vorwurf machen, denn wenn die Dieselleitung – vermutlich die Rücklaufleitung – kaputt ist, bemerkt man das nicht“, sagt Andreas Meißler. Auch das Forstamt Frauenwald und die Untere Wasserbehörde wurden informiert. Das Öl wurde schließlich gebunden und die Straßen mit der städtischen Kehrmaschine gereinigt. Die Arbeiten dauerten bis zum späteren Nachmittag an.



Die Feuerwehr Langewiesen im Einsatz in Frauenwald. Foto: Privat

Mehr als doppelt so schnell unterwegs

STEINHEID. Am vergangenen Montag wurde in Steinheid eine Geschwindigkeitsüberwachung durch die Polizei durchgeführt. Bei erlaubten 30 Kilometern pro Stunde durchfahren mehr als 200 Fahrzeuge die Festeburgstraße in beide Richtungen. Bei der Überprüfung wurden von den Beamten mehr als 51 Geschwindigkeitsverstöße festgestellt. Von diesen waren nach Angaben der Polizei 24 im Verwarnungsbereich angesiedelt. In den übrigen Fällen wurden Bußgeldverfahren erlassen, drei Verkehrsteilnehmer müssen jetzt mit einem Fahrverbot rechnen. Das schnellste, gemessene Tempo bei erlauben 30 betrug bei einem Pkw-Fahrer 64 Stundenkilometer, resümierte die Polizei in einer Mitteilung vom Dienstag.

Die Fläche am Rennsteig soll Vorranggebiet für die Windkraft werden. Besonders erfreulich ist, dass dagegen auch kein Bürger Einwände eingelegt hat.

Von Veronika Schadeck

BAMBERG/RENNSTEIG. Der Planungsverband Oberfranken-West hat in seiner Sitzung am vergangenen Dienstag einstimmig die benötigte Fläche für die Erstellung eines Windparks am Rennsteig als Vorranggebiet beschlossen. Damit wurde ein wichtiger Meilenstein für die Realisierung des Projekts gelegt. Die verbindliche Erklärung des Vorranggebiets erfolgt zwar erst durch die Regierung von Oberfranken voraussichtlich bis Mitte April 2024. Mit dem Beschluss durch den Regionalen Planungsverband allerdings kann nun der künftige Betreiber einen Genehmigungsantrag für den Windpark bei der zuständigen Behörde im Landratsamt einreichen. In den darauffolgenden Schritten werden sich die Betreibergesellschaft CPC-Germania und die kommunale Projektgesellschaft mit den Bürgermeistern Timo Ehrhardt, Thomas Löffler und Peter Ebertsch als Geschäftsführer um die Ausschreibungen und Finanzierung kümmern müssen. Neben der Fläche am Rennsteig sollen auch die „Lange Meile“ bei Ebermannstadt und Egolsheim als Vorranggebiete ausgewiesen werden.

Wie mehrmals berichtet, sollen am Rennsteig 15, jeweils 250 Meter hohe Windräder mit einer Nennleistung von mehr als 100 Megawatt entstehen. Es wird somit eines der größten Windprojekte bayernweit werden. Nach langen und zähen Verhandlungen mit der Betreibergesellschaft werden nun die drei Rennsteig-Kommunen vier Anlagen in Eigenregie betreiben. Dazu wurde zum 1. Januar 2024 eine Kommunale Projektgesellschaft gegründet.

Mit vor Ort im Bamberger Landratsamt war auch der Windkümmerer Hubert Tremml-Franz, der für das Bayerische Wirtschaftsministerium seit Oktober 2020 tätig ist. Er betreut zusammen mit Tabea Roser von der Energieagentur Nordbayern 40 Kommunen in ganz Oberfranken. „Der Windpark am Rennsteig ist für mich etwas Besonderes“, sagt er. Denn nicht die Flächensicherung für die Kommunen, sondern die Verhandlung eines kommunalen Anteils mit regionaler Wertschöpfung für die drei beteiligten Kommunen standen im Fokus.

Zuvor schon hatte ein Projektentwickler die Flächen gesichert und die Windparkplanung bereits in Angriff genommen. Seit der Einführung der 10H-Regelung war der Ausbau der Windenergie beinahe zum Erliegen gekommen. Mittlerweile wurden jedoch gesetzliche Änderungen auf Bundesebene vorgenommen. Mit dem Wind-an-Land-Gesetz wurden die Kriterien für die regionalen Planungsverbände für die Ausweisung von Vorranggebieten angepasst. Die 10H-Regelung wurde stark eingegrenzt. Zudem können nun auch Waldflächen und Landschaftsschutzgebiete für Windenergie zur Verfügung ge-

stellt werden. Derzeit gibt es beim regionalen Planungsverband Oberfranken West Teilfortschreibungen, um das 1,8 Prozent-Ziel zu erreichen. Das heißt, 1,8 Prozent der Regionalfäche soll für die Windenergie genutzt werden. Der Anteil der Vorranggebiete an der Fläche des Regionalen Planungsverbandes wächst nun mit den drei neuen Vorranggebieten von 0,6 im Jahre 2022 auf knapp über ein Prozent der gesamten Fläche.

Dass bei der Sitzung am Dienstag beim Windparkprojekt Rennsteig keinerlei privaten Einwendungen vorlagen, bezeichnet Tremml-Franz als besonderen Erfolg der drei beteiligten Kommunen. Bei den zwei weiteren Vorranggebieten waren rund 2000 private Einwendungen vorhanden.

Für Hubert Tremml-Franz haben die drei Bürgermeister Thomas Löffler, Timo Ehrhardt und Peter Ebertsch damit gute Arbeit geleistet. Die Bürgerbefragung, bei der sich immerhin 85 Prozent für einen Windpark ausgesprochen haben, sei richtig gewesen. „Die Bürger haben dadurch das Gefühl, am Entscheidungsprozess teilnehmen zu können.“ Durch die kommunale Projektgesellschaft können die Bürger auch wirtschaftlich vom Windpark profitieren. Von Weitsicht und ein Miteinander auf Augenhöhe zeuge zudem, dass beim Betrieb der vier Windräder durch die Kommunen alle drei Gemeinden gleichberechtigt sind, obwohl auf der Fläche von Ludwigsstadt mit Abstand die meisten Windräder stehen werden.

Das Potenzial für den Ausbau der Windkraft in Oberfranken schätzt der zuständige Windkümmerer auf insgesamt 180 Windkraftanlagen. Dabei befinden sich derzeit 21 Windräder in der Teilfortschreibung, davon 15 am Rennsteig. Bis zu 50 Windräder können noch in vorhandenen Vorranggebieten entstehen. Weitere 110 Windräder können auf sogenannte Potenzialflächen bei Neuausweisungen von Vorranggebieten gebaut werden. „Es wird angestrebt, die vom Bund geforderten 1,8 Prozent der Regionalfächen für Windräder bis im Jahre 2025 zu erreichen.“

Wie Hubert Tremml-Franz betont, sieht er im Bau von Windkraftanlagen vor allem die Chance günstigen Grünstrom für die heimische Wirtschaft erzeugen zu können und einen angemessenen Anteil der Wertschöpfung in der Region zu halten. Allerdings, so räumt er ein: „Eine echte Herausforderung in den nächsten Jahren wird der Netzausbau sein, damit der dezentrale erzeugte Strom in die Verteilnetze kommt.“

Auch die drei Bürgermeister freuen sich darüber, dass nun der Beschluss für ein Vorranggebiet für Windräder am Rennsteig gefasst wurde. Glücklicherweise gab es keinerlei privaten Einwendungen. Naturschutzfachliche Bedenken seien ernst genommen worden und man habe zuvor entsprechend reagiert, so Timo Ehrhardt. Sowohl er, als auch seine Bürgermeisterkollegen Thomas Löffler und Peter Ebertsch bezeichnen das Projekt „Windpark am Rennsteig“ als „eine großartige Gemeinschaftsleistung“. Jedoch wird es noch eine gewisse Zeit dauern, bis der erste Windstrom am Rennsteig erzeugt wird.



Foto: Thomas Riese

„Der Windpark am Rennsteig ist für mich etwas Besonderes. Eine Herausforderung in den nächsten Jahren wird der Netzausbau.“

Hubert Tremml-Franz
Windkümmerer

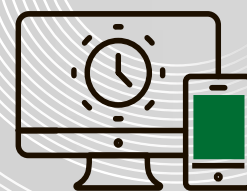


Am Rennsteig soll einer der größten Windparks in Bayern entstehen. Bis Mitte April soll die benötigte Fläche zum Vorranggebiet erklärt werden. Die Grundlagen dafür auf regionaler Ebene hat nun der Planungsverband Oberfranken-West gelegt. Foto: picture alliance/dpa/Patrick Pleul

ANZEIGE



LESEN TO GO –
Zeitung lesen war
noch nie so bequem
– an jedem Ort und
zu jeder Zeit.



Freies Wort

Amtliche Bekanntmachungen

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Zweckverband „Sonneberger Ausbildungszentrum“

EINLADUNG

Der Zweckverband „Sonneberger Ausbildungszentrum“ wird am **MONTAG, dem 19. Februar 2024, um 10.00 Uhr, im Landratsamt Sonneberg, Beratungsraum 240, Bahnhofstraße 66, in 96515 Sonneberg,** seine nächste Verbandsversammlung durchführen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Beschlussfassung „Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung der Zweckverbandsversammlung vom 19.02.2024“
- Beschlussfassung „Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung der Zweckverbandsversammlung am 22.03.2023“
- Beschlusskontrolle
- Wahl des Verbandsvorsitzenden
- Beschlussfassung „Haushaltssatzung 2024 des Zweckverbandes „Sonneberger Ausbildungszentrum““
- Beschlussfassung „Finanzplan und Investitionsprogramm 2023-2027 des Zweckverbandes „Sonneberger Ausbildungszentrum““
- Anfragen und Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung

Kretschmann
Stellv. Verbandsvorsitzender